

# NORDMAZEDONIEN

## Gewerkschaftsmonitor

Mai 2025

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die sozialdemokratische Regierung von Dimitar Kovachevski (zuvor stellvertretender Finanzminister) trat ihr Amt im Februar 2022 an. Wie sein Vorgänger Zoran Zaev verfolgt Kovachevskis Regierung eine Politik, welche auf die Lösung von Nachbarschaftsstreitigkeiten sowie auf eine Annäherung an die Europäische Union, mit dem Ziel, Beitrittsgespräche aufzunehmen und voranzubringen, abzielt. Der Beginn solcher Beitrittsgespräche war lange umstritten; Griechenland, Frankreich und Bulgarien hatten ihr Veto eingelegt. Auf der Grundlage eines von der französischen EU-Ratspräsidentschaft vermittelten Kompromisses wurde das bulgarische Veto im Juli 2022 schließlich unter der Bedingung aufgehoben, dass Nordmazedonien im Rahmen einer erneuten Verfassungsänderung offiziell eine »bulgarische« Minderheit im Land anerkennt. Obwohl der angestrebte EU-Beitritt an sich nicht grundsätzlich durch Kontroversität geprägt ist, belasten die historischen Wurzeln des Konflikts mit dem EU-Nachbarland Bulgarien sowie die früheren Schritte zur Aufnahme ernsthafter Beitrittsgespräche, allen voran das Prespa-Abkommen mit Griechenland, welches den NATO-Beitritt des Landes im Jahr 2020 ermöglichte, die Regierung zunehmend. Dem Beginn der Beitrittsgespräche wird alles untergeordnet.

Setzte sich die Koalition von Dimitar Kovachevski in Zusammenarbeit mit der Albanischen Demokratischen Union für Integration (DUI) und anderen Parteien der albanisch-mazedonischen Minderheit anfangs noch stark für eine Fortsetzung des innenpolitischen Reformprogramms seines Vorgängers ein, traten im Verlauf der Zeit Vorhaben wie der verstärkte Kampf gegen die Korruption, für die Unabhängigkeit der Justiz und Reformen in der öffentlichen Verwaltung in den Hintergrund. Das Bildungssystem hinkt bei der Digitalisierung hinterher, der Tourismus wurde von der Weltwirtschaftskrise und der Inflation hart getroffen, nicht zuletzt, weil die Überweisungen der Diaspora und deren Besuche im Land stark zurückgegangen

sind. Die ausländischen Direktinvestitionen sind ebenfalls leicht zurückgegangen, was zum Teil auf die Pandemie, aber auch auf die bulgarische Blockade und den schleppenden Beginn der Beitrittsgespräche zurückzuführen ist.

Während die von der Regierung im Rahmen des sozialen Dialogs vereinbarte Anhebung des Mindestlohns im Jahr 2024 auf umgerechnet 367 € monatlich erfolgte und die Förderung einer breiten Debatte über sozioökonomische und sozialversicherungsrechtliche Reformen in den vergangenen Jahren mehrheitlich begrüßt wurden, gibt es nach wie vor Probleme im Bereich des Arbeitsschutzes.

Die wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Projekte der vormaligen sozialdemokratischen Regierung betrafen die Erneuerung und Aktualisierung des Arbeitsgesetzes. Die öffentliche Debatte über ein neues Arbeitsgesetz hat zwar begonnen, ist aber noch nicht abgeschlossen. Unter anderem wurde vorgeschlagen, die Dauer von befristeten Arbeitsverträgen auf zwei Jahre zu verkürzen (die Höchstdauer beträgt derzeit fünf Jahre), um mehr Menschen den Weg in reguläre Arbeitsverhältnisse zu ebnet. Eine weitere wichtige Forderung der Gewerkschaften ist die Erhöhung des bezahlten Mutterschaftsschutzes von derzeit neun auf zwölf Monate. Erste Vorschläge für einen arbeitsfreien Sonntag wurden zwar kontrovers aufgenommen, fanden grundsätzlich aber großen Anklang bei den Arbeitnehmer\_innen. Inzwischen ist der Sonntag ein arbeitsfreier Tag im Land, mit Ausnahmen in bestimmten Branchen, die ihre Produktionsprozesse nicht unterbrechen können, sowie in den touristischen Orten Nordmazedoniens.

Mit Unterstützung des FES-Büros in Skopje wurde darüber hinaus ein neues Gesetz über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz ausgearbeitet und eine öffentliche Debatte initiiert. Die ehemalige Regierung hatte ein Konjunkturprogramm zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung eingeleitet. Ihre Wirtschaftspolitik konzentrierte sich auf drei Hauptpfeiler: (1) Ausländische Direktinvestitionen; (2) Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Privatsektors durch öffentliche Infrastrukturausgaben; (3) Förderung der Beschäftigung durch

aktive Arbeitsmarktpolitik und Arbeitgeberzuschüsse. Mehrere Politiken wurden überarbeitet, um ihre Wirksamkeit zu verbessern. Die Subventionen für Investitionen und Beschäftigung im Privatsektor wurden ebenfalls erhöht, die Regierung wandte die »gleiche Subventionspolitik« auf in- und ausländische Unternehmen an (zuvor wurden nur ausländische Unternehmen subventioniert).

Im Mai 2024 fanden in Nordmazedonien Parlamentswahlen statt. Wie erwartet kam es zu einem Regierungswechsel: Die oppositionelle rechtsnationalistische Partei VMRO gewann die Wahlen mit deutlichem Vorsprung und bildete eine Koalition mit vier albanischen Parteien, wodurch die langjährige Koalition aus SDSM und DUI aus der Regierung verdrängt wurde. Der Regierungswechsel brachte viele erwartete Veränderungen in der nationalen wie auch in der internationalen Politik mit sich, da die VMRO eine rechte Partei ist, die kontinuierlich Nationalismus fördert, nicht zu Kompromissen mit Bulgarien auf dem Weg in die EU bereit ist, eine gegen die Gleichstellung der Geschlechter gerichtete Rhetorik vertritt und eher mit der Wirtschaft als mit den Gewerkschaften zusammenarbeitet.

## WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die politische Krise (2015–2016) und der Regierungswechsel (Mitte 2017) in Nordmazedonien beeinträchtigten auch die wirtschaftliche Entwicklung. Das Wirtschaftswachstum stagnierte 2017 weitestgehend, bei einem minimalen Anstieg des BIP von nur 0,2 Prozent. Im Jahr 2018 erholte sich die Wirtschaft, angetrieben durch Exportwachstum, gestiegenen Konsum und Investitionen. Der Anstieg des BIP wird aktuell auf 2,5 Prozent geschätzt. Die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) erholten sich in der ersten Hälfte des Jahres 2020 langsam, nachdem sie im Vorjahr stagnierten. Im Jahr 2023 betragen die ausländischen Direktinvestitionen 616,7 Millionen Euro. Diese Entwicklungen spiegeln sich auf der politischen Bühne des Landes wider. ADI sind bedeutsam, da sie die wichtigste Quelle für neue Arbeitsplätze in der mazedonischen Wirtschaft sind. Darüber hinaus hat sich auch die Änderung der EU-Zollpolitik gegenüber Drittländern auf Nordmazedonien ausgewirkt. Sektoren, die in die EU exportieren, sehen sich mit höheren Gebühren oder Zollschränken konfrontiert. Dadurch entsteht Unsicherheit in Bezug auf Arbeitsplätze und Einkommen. Dies wirkt sich wiederum auf die Verhandlungsposition der Gewerkschaften aus.

Die Löhne stiegen nominal um 3,9 Prozent, was vor allem auf die schrittweise Einführung des Mindestlohns zurückzuführen ist, der von 170 € Anfang 2017 auf 240 € Ende 2019, 244 € im Jahr 2020, 300 € im März 2022 und 328 € im Jahr 2023 gestiegen ist. Arbeitsintensiven Niedriglohnssektoren wurden Subventionen angeboten, um Lohnerhöhungen abzudecken und Entlassungen zu vermeiden. Die partiellen Beschäftigungsbeihilfen trugen zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage bei. Auch die Löhne des medizinischen Personals wurden erhöht, ebenso wie die Renten. Da es sich mit dem Gesundheitswesen um einen Sektor handelt, in dem die Abwanderung besonders hoch ist, stellte die Lohnerhöhung ein wichtiges Signal für die Zukunftsperspektiven des Personals und damit auch für die Gesundheitsversorgung aller Bürger\_innen dar. Da viele Men-

schen (rund 100 000) den Mindestlohn erhalten und zusätzlich inoffiziell Geld verdienen (müssen), zielt die Erhöhung des Mindestlohns auch auf die Bekämpfung der Schwarzarbeit ab.

Seit dem Jahr 2020 sank die Arbeitslosenquote, trotz Pandemie, von 16,1 Prozent (Ende 2020) auf 14,4 Prozent (2022) und im Jahr 2023 auf 13,3 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit reduzierte sich von rund 37 Prozent (Ende 2020) auf 15,7 Prozent (2022). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist jedoch nicht ausschließlich auf Beschäftigungsgewinne zurückzuführen, sondern auch auf niedrigere Erwerbsquoten und eine Verlagerung von Arbeitslosigkeit zu Nichterwerbstätigkeit, insbesondere bei Langzeitarbeitslosen. Ein weiterer Grund für den Rückgang liegt potenziell darin, dass während der Pandemie die staatlichen Subventionen an den Beschäftigungsstatus gekoppelt waren, was zu einem Rückgang der Schwarzarbeit führte, da sowohl Arbeitgeber\_innen als auch Arbeitnehmer\_innen Anreize hatten, Arbeitsverhältnisse zu formalisieren.

Im Oktober 2021 wurde nach zwanzig Jahren erstmals wieder eine Volkszählung durchgeführt. Erhobene Daten spiegeln wider, dass Nordmazedonien eine Bevölkerungszahl von 1 836 713 aufweist. Die Armutsquote lag im Jahr 2021 bei 21,9 Prozent der armutsgefährdeten Bevölkerung. Der Gini-Koeffizient sank 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte auf 31,9 Prozent. Die Debatte über die progressive Besteuerung von Einkommen ist noch nicht wieder aufgenommen worden, sodass es weiterhin eine Pauschalsteuer von 10 Prozent auf die persönliche Einkommenssteuer gibt.

## GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Der allgemeine Tarifvertrag für die Privatwirtschaft ist Mitte 2017 ausgelaufen. Nach dem Arbeitsgesetz gilt er jedoch auch nach Ablauf weiter, so lange, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wird. Der Arbeitgeber\_innenverband (ORM) drängt auf eine Beschleunigung der Verhandlungen, während der Gewerkschaftsbund (SSM) das neue Arbeitsgesetz abwarten möchte, bevor finale Verhandlungen beginnen. Beide Seiten haben stark divergierende Vorschläge, insbesondere bezüglich der Gehälter, Zulagen und arbeitsbezogenen Vergütungen: Die Arbeitgeber schlagen einige Kürzungen vor, während die Gewerkschaften eine Erhöhung der Gehälter fordern. Ein allgemeiner Tarifvertrag ist äußerst wichtig, da er für alle Unternehmen und Arbeitnehmer\_innen in der Privatwirtschaft verbindlich ist.

Nach einem langen Prozess von drei Jahren Diskussionen und Verhandlungen wurde im Juli 2023 ein neuer allgemeiner Tarifvertrag für den öffentlichen Sektor zwischen der Regierung (vertreten durch den Minister für Arbeit und Sozialpolitik) und dem Gewerkschaftsbund von Nordmazedonien ausgehandelt und unterzeichnet. Mit diesem neuen Tarifvertrag wurden verschiedene finanzielle Vorteile, Gehaltserhöhungen und andere Vergünstigungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erreicht. Auf der Grundlage dieses Tarifvertrags ist nun der Weg frei für die Branchengewerkschaften des öffentlichen Sektors, mit ihren Arbeitgebern Verhandlungen über noch bessere Branchentarifverträge aufzunehmen.

Im sozialen Dialog ist seit 2021 etwas Bewegung zu verzeichnen, der Gewerkschaftsbund SSM hat seine Bemühungen um einen sinnvollen sozialen Dialog verstärkt. Die Verhandlungen über einen allgemeinen Rahmenvertrag sind jedoch kaum vorangeschritten. Die Situation auf sektoraler Ebene ist von Sektor zu Sektor unterschiedlich: In einigen Sektoren sind die Arbeitgeber nicht organisiert, in anderen vermeiden ihre Verbände sogar jeden Dialog. Der soziale Dialog auf nationaler Ebene, an dem die Regierung, der Gewerkschaftsbund und der Arbeitgeberverband beteiligt sind, ist zum Stillstand gekommen. Die Gewerkschaften kritisieren die Regierung für ihre mangelnde Bereitschaft, das Funktionieren des sozialen Dialogs auf nationaler Ebene zu verbessern.

Im Jahr 2021 startete der Gewerkschaftsbund SSM eine Initiative, um den Sonntag landesweit zum arbeitsfreien Tag zu erklären. Da es sich hierbei um eine soziale Frage handelt, fanden mehrere Diskussionsrunden im Nationalen Wirtschafts- und Sozialrat statt, welcher sich aus der Regierung und dem Arbeitgeberverband sowie der Zivilgesellschaft zusammensetzt. Dieser soziale Dialog war für den SSM erfolgreich: Seit dem 1. Januar 2022 ist der Sonntag für ca. 96 Prozent der Arbeitnehmer\_innen des Landes ein arbeitsfreier Tag.

Ebenfalls im Jahr 2021 führte der Gewerkschaftsbund SSM in Zusammenarbeit mit dem FES-Büro in Nordmazedonien eine Analyse des Mindestlohns durch. Die Analyse ergab, dass seit der Einführung des Mindestlohns keine negativen Auswirkungen auf die Unternehmen zu verzeichnen waren. Die Analyse enthielt auch Empfehlungen für eine neue Erhöhung auf der Grundlage der gestiegenen Lebenshaltungskosten im Land. Diese gemeinsame Analyse von SSM und FES wurde das Hauptargument des SSM in seinem Kampf um die stetige Erhöhung des Mindestlohns.

Der SSM forderte eine Anhebung des Mindestlohns auf 18 000 MKD (300 €), das sind 62 Prozent des Durchschnittslohns (474 €) im Land. Diese Forderung fand in der Öffentlichkeit und insbesondere bei den Mindestlohnempfänger\_innen große Unterstützung. Nach mehreren Verhandlungsrunden im Wirtschafts- und Sozialrat wurde der Vorschlag des SSM von den Arbeitgeber\_innen und der Regierung akzeptiert. Im März 2022 wurde der neue Mindestlohn auf 18 000 MKD festgelegt. Außerdem wurde eine Formel in das Mindestlohngesetz aufgenommen, welche sicherstellt, dass der Mindestlohn jeden März automatisch angepasst wird, ohne dass die Sozialpartner\_innen darüber diskutieren und entscheiden müssen. Dementsprechend stieg der nationale Mindestlohn im März 2023 auf 20 175 MKD (328 €).

Eine bedeutende Entwicklung, die sich bis zum Ende der Amtszeit der vorherigen SDSM-DUI-Regierung ereignete, war ein Gerichtsurteil zur Übernahme des Gebäudes des Gewerkschaftsbunds SSM, das vom Staat als »Arbeiterhaus« bezeichnet wurde. Diese Entscheidung wurde auf sehr energische und fragwürdige Weise getroffen – das Hauptargument des Gerichts lautete, dass »das Gebäude dem Staat gehört, da es für die Arbeitnehmer unmöglich gewesen wäre, den Bau des Gebäudes zu finanzieren, da es zu teuer war«. Die Realität sieht jedoch anders aus: Die SSM legte gegen diese Entschei-

dung Berufung beim Obersten Gerichtshof ein und legte Beweise vor, dass das »Arbeiterhaus« tatsächlich im Jahr 1958 ausschließlich durch die Selbstfinanzierung der Arbeitnehmer\_innen aus deren Mitgliedsbeiträgen errichtet worden war. Daraufhin entschied der Oberste Gerichtshof zugunsten der SSM, und das Gebäude verblieb im Besitz des Gewerkschaftsbunds.

---

## GEWERKSCHAFTEN IN NORDMAZEDONIEN – FAKTEN UND DATEN

### HISTORISCHE ASPEKTE

Obwohl die Gewerkschaften in der postsozialistischen Zeit verschiedene Reformen durchliefen, blieben die Grundsätze ihrer Arbeitsweise nach der Unabhängigkeit 1991 unverändert: zentralisierte Entscheidungsfindung, Top-down-Managementstil, ein hohes Maß an Vetternwirtschaft und starke (und manchmal unethische) Verbindungen, zunächst zur Sozialdemokratischen Union Mazedoniens (SDSM), der mazedonischen Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, später aber auch zur anderen großen Partei (VMRO-DPMNE), nachdem diese einige Jahre lang an der Regierung war.

Der größte (und einzige) Gewerkschaftsbund, der »Verband der Gewerkschaften Mazedoniens« (SSM) war vor 1991 eine stark zentralisierte Organisation: Der Vorstand traf alle Entscheidungen, welche dann von den Vorständen der verschiedenen Sektoren eigenständig umgesetzt wurden. Dies bedeutete, dass es keine unabhängigen sektoralen Gewerkschaften gab. Mit den vom SSM eingeleiteten »Reformen« im Zeitraum von 1991 bis 1992 wurden die sektoralen Gremien schrittweise in Branchengewerkschaften umgewandelt. Jedoch besaßen die Branchengewerkschaften auch nach diesem Reformierungsprozess kaum Macht, um die Dynamik des SSM zu verändern und die Demokratisierung des Gewerkschaftssektors zu fördern. Erst 1995/96, als der SSM beschloss, seinen Spartengewerkschaften einen eigenen Rechtsstatus zu verleihen, kam es zu einer Veränderung und Dezentralisierung der Gewerkschaftsorganisationen. Dies führte zu autonomeren und unabhängigeren Gewerkschaften, was jedoch keinesfalls mit einer Demokratisierung der Gewerkschaften gleichzusetzen ist. Die Auffassung, die Gewerkschaftsführer\_innen würden sich ausschließlich um den Erhalt ihrer »bequemen« Positionen scheren, ist sehr weitverbreitet. Kandidat\_innen, die außerhalb des einflussreichen Kreises stehen, sehen sich bei der Wahl des Präsidenten oder Generalsekretärs häufig unfairen Regeln und Hindernissen ausgesetzt.

Solange die Sozialdemokraten an der Regierung waren, verhielten sich die SSM-Gewerkschaften traditionell sehr ruhig und machten von ihrem Streikrecht selten Gebrauch. Dies änderte sich mit der Gründung des Bundes Freier Gewerkschaften Mazedoniens (KSS) im Jahr 2005, nachdem sich die Lehrgewerkschaft SONK (die größte in Nordmazedonien) und einige kleinere Gewerkschaften im SSM abgespalten hatten.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Theoretisch und erklärtermaßen sind die Gewerkschaften keiner politischen Partei angeschlossen, dies entspricht jedoch nicht der politischen Realität. Im Falle des SSM besteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass sie der SDSM sehr nahesteht, während der Bund Freier Gewerkschaften (KSS) der VMRO angehört und sogar von ihr gegründet wurde. Um Zustände zu verfolgen und bewerten zu können, ist das Gebot der Unparteilichkeit jedoch unerlässlich. Am stärksten sind die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor vertreten, während sie in der Privatwirtschaft stark unterrepräsentiert sind. Bemerkenswert ist, dass die Gewerkschaften in ausländischen Unternehmen am wenigsten vertreten sind.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Nordmazedonien ist rückläufig. Laut Gesetz wird die Repräsentativität durch die Anzahl jener Mitglieder bestimmt, bei welchen die Mitgliedsbeiträge direkt vom Gehalt abgezogen werden. Das schließt Mitglieder aus, die ihre Mitgliedsbeiträge von ihren eigenen Konten bezahlen oder aus verschiedenen Gründen von der Zahlung befreit sind (z. B., weil sie kein regelmäßiges Gehalt erhalten). Dementsprechend ist es für Gewerkschaften nahezu unmöglich, Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren oder in den Ruhestand gehen, als Mitglieder zu behalten.

Die Gewerkschaftsmitgliedschaft in den wichtigsten Sektoren stellt sich wie folgt dar:

- Wasserversorgung und Abfallentsorgung: 72 Prozent
- Polizeikräfte: 63 Prozent
- Bildung und Wissenschaft: 62 Prozent
- Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege: 60 Prozent
- Forst- und Holzwirtschaft: 40 Prozent
- Bergbau, Metall- und Elektroindustrie: 30 Prozent
- Gesundheits- und Sozialwesen: 27 Prozent
- Landwirtschaft, Tabak- und Nahrungsmittelindustrie: 22 Prozent
- Gebäude: 11 Prozent

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR GEWERKSCHAFTEN

Die Situation der Vertretung auf Unternehmensebene bleibt unverändert. Es gibt keine Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung, die der EU-Praxis entsprechen (z. B. Betriebsräte). Die Vertretung auf Unternehmensebene wird daher von einer Gewerkschaftsorganisation im Unternehmen wahrgenommen. Dort, wo Arbeitnehmer\_innen organisiert sind, gibt es einen lokalen Ableger der Gewerkschaftsorganisation auf betrieblicher Ebene sowie einen (von den Mitgliedern gewählten) Betriebsrat, welcher Verantwortung für die Verhandlungen mit der Unternehmensleitung, sowie die Kommunikation mit den Arbeitnehmer\_innen trägt. Dieser Ausschuss muss auch die Umsetzung von Gesetzen und Tarifverträgen überwachen und auf Verstöße und/oder Nichteinhaltung von Gesetzen (Vorschriften) reagieren. Die Gewerkschaft handelt jedoch nur für ihre Mitglieder, nicht für alle Arbeitnehmer\_innen. Der Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, sich in allen Fragen, die Informationen und Beratung erfordern, an die Gewerkschaft zu wenden. Wenn es beim Arbeitgeber keine lokale Gewerkschaftsorganisation gibt (was bei vielen kleinen privaten Arbeitgebern die Regel ist), gibt es praktisch keine Arbeitnehmer\_innenvertretung. Die Gewerkschaften fordern Gesetzesänderungen, um ein System der Beteiligung und Mitbestimmung für kleinere Arbeitgeber zu schaffen.

Die allgemeine Vereinbarung für den Privatsektor lief im Juli 2017 aus. Die Sozialpartner nahmen daraufhin im Jahr 2018 Verhandlungen zur Verlängerung oder Änderung der Vereinbarung. Bis heute wurde noch keine Einigung erzielt. In der Zwischenzeit werden die vorherigen Bestimmungen umgesetzt, da das Arbeitsgesetzbuch in solchen Situationen eine strenge Regelung vorsieht. In den vergangenen drei Jahren gab es keine nennenswerten Ereignisse auf der Ebene der Industriesektoren. Ähnlich verhält es sich auf Unternehmensebene, wo in Betrieben, in denen die Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind, ständig Tarifverträge unterzeichnet oder geändert werden.

Die rechtlichen Grundlagen der Gewerkschaften beruhen auf dem Arbeitsgesetzbuch, das die Funktionsweise der Gewerkschaften regelt. Die Gewerkschaften sind in der Regel auf

Tabelle 1  
Die wichtigsten Gewerkschaftsbünde in Nordmazedonien

Dachverbände	Vorsitz / Stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Sojuz na Sindikati na Makedonija, SSM (Verband der Gewerkschaften Mazedoniens, SSM)	Sloboda Trendafilov	Ca. 76 500	IGB, EGB
Konfederacija na Slobodni Sindikati, KSS (Bündnis der Freien Gewerkschaften)	Blagoja Ralpovski	Ca. 55 000	IGB, EGB
Konfederacija na sindikalni organizacii na Makedonija – KSOM (Bündnis der Gewerkschaftlichen Organisationen Mazedoniens)	Marjan Ristevski	Ca. 15 000	

Tabelle 2

**Wichtige sektorale Verbände oder Einzelgewerkschaften in Nordmazedonien**

Branchenverband/Gewerkschaft	Konföderation	Vorsitz/ stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Samostoeno sindikat za zdravstvo, farmacija i socijalna zaštita SSZFSZ (Unabhängige Gewerkschaft für Gesundheit, Pharmazie und Sozialarbeit)	SSM	Vorsitz: Ljubisa Karanfilovski	8 700	IÖD, EGÖD
Sindikat na rabotnicite od upravata, pravosudnite organi i zdruzenijata na gragjani – UPOZ (Gewerkschaft der öffentlichen Verwaltung und der Beamten, Justiz und Zivilgesellschaft)	SSM	Vorsitz: Trpe Dekanoski	4 433	IÖD, EGÖD
Makedonski Policiski Sindikat – MPS (Mazedonische Polizeigewerkschaft)	SSM	Vorsitz: Marjan Kicev	7 819	CESP
Sindikat za gradezhnishtvoto, industrija proektiranje – SGIP (Gewerkschaft für Bau, Industrie und Design)	SSM	Vorsitz: Ivan Peshevski	3 691	BWI, EFBWW
Nezavisniot sindikat rabotnici na energetikata, rudarite i industrijata na Makedonija, SSERI (Gewerkschaft Energie, Bergbau und Industrie)	KSS	Vorsitz: Dimche Damcevski	Ca. 5 500	IÖD, EGÖD
Nezavisen sindikat za energija i ekonomii na Makedonija, SSES (Unabhängige Gewerkschaft für Energie und Wirtschaft)	SSM	Vorsitz: Robert Simonoski	2 153	IÖD, EGÖD, IndustriAll, industriAll Europe (Energie)

Unternehmensebene organisiert. Auf Branchenebene können Gewerkschaften die Arbeitnehmer\_innen eines bestimmten Berufs oder einer bestimmten Branche vertreten. Auf nationaler Ebene agieren Gewerkschaftsbünde. Die Hauptbefugnisse liegen bei den Gewerkschaftsbünden.

Was die Menschenrechte angeht, so gibt es in Nordmazedonien im Allgemeinen keine hervorzuhebenden Risiken, jedoch wurden Fälle von Nichteinhaltung der Arbeitsschutzvorschriften gemeldet, vor allem im Baugewerbe und in geringerem Maße in der Textilindustrie. Das Land verfügt über ein staatliches Gremium für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, welches sich für die Förderung von Arbeits- und Gesundheitsschutz im Land einsetzt, bei der Umsetzung von Maßnahmen berät sowie Strategien und Aktionspläne verabschiedet und generell gleichgeartete Aufgaben zur Verbesserung des Zustands im Land wahrnimmt.

Nordmazedonien hat zahlreiche IAO-Übereinkommen ratifiziert, darunter grundlegende wie das Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948 (Nr. 87), das Übereinkommen über das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen, 1949 (Nr. 98), das Übereinkommen über Zwangsarbeit, 1930 (Nr. 105), das Übereinkommen über die Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957 (Nr. 138), das Übereinkommen über das Mindestalter, 1973 (Nr. 155), das Übereinkommen über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999 (Nr. 182), das Übereinkommen über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, 1981 (Nr. 155) usw.

Im Dezember 2024 fand erneut der Prozess zur Bestätigung der Vertretung der Gewerkschaften statt, bei dem alle Gewerkschaftsverbände und Branchengewerkschaften ihre Mitgliederlisten bei der Vertretungskommission im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit einreichen müssen. Dieser Prozess findet alle drei Jahre statt, um zu bestätigen, welcher Gewerkschaftsverband oder welche Branchengewerkschaft der Vertretungstitel verliehen wird. Der SSM-Verband konnte erneut bestätigen, dass er nach wie vor die meisten Mitglieder in Nordmazedonien hat und demnach weiterhin die repräsentative Gewerkschaft des Landes sowie im sozialen Dialog mit der Regierung und den Arbeitgeberverbänden sein wird.

**GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben**

Das System des dreigliedrigen sozialen Dialogs wird vom nationalen Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) verwaltet. Der WSR ist ein beratendes Gremium, das auf einer Vereinbarung beruht und sich aus Vertretern der Sozialpartner zusammensetzt. Der WSR wurde im September 2010 eingerichtet und setzt sich aktuell aus vier Vertretern jedes Sozialpartners zusammen: den Gewerkschaften (je zwei Vertreter\_innen von SSM und KSS), vier Vertretern des ORM (des einzigen repräsentativen Arbeitgeberverbands) und vier Vertretern der Regierung (vertreten durch die Ministerien für Arbeit, Wirtschaft und Finanzen sowie den stellvertretenden Premierminister). Den Vorsitz führt der Minister für Arbeit und Sozialpolitik. Der WSR berät und gibt Stellungnahmen zu Fragen ab, die unter den Gründungsvertrag fallen. Obwohl sich der dreigliedrige Dialog in den vergangenen Jahren erheblich verbessert hat, beeinträchtigt die dominante Stellung des Ministers für Arbeit und Sozial-

politik mitunter die Funktionsweise und Effizienz dieses Gremiums. Es kommt daher nicht selten vor, dass Fragen des WSR zur Unzufriedenheit der Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeber) überhaupt nicht erörtert werden. Der dreigliedrige soziale Dialog ist jedoch seit 2018, insgesamt betrachtet, lebendiger geworden. Inzwischen werden zu den Sitzungen des Wirtschafts- und Sozialrats (WSR) nicht nur die grundständigen Mitglieder des Gremiums (alle Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie einige Organisationen der Zivilgesellschaft), sondern auch andere Interessenvertreter eingeladen.

Gewerkschaften und Arbeitgeber sind auf höchster Ebene vertreten. Auf Regierungsseite gibt es jedoch keinen Minister außer dem Arbeitsminister, der den Vorsitz des Gremiums innehat. Die übrigen Ministerien werden durch nachgeordnete Beamte vertreten. Die Ratssitzungen sind als Bühne gedacht, auf der die Sozialpartner ihre Standpunkte direkt austauschen können. In einem Land wie Nordmazedonien, in dem der soziale Dialog unterentwickelt ist, ist die Unterstützung der Dialogkultur durch die Regierung besonders wichtig. Der Erfolg des Prozesses hängt jedoch in hohem Maße von der Dialogbereitschaft aller beteiligten Akteure ab. Dank eines sehr dialogorientierten Ministers für Arbeit und Soziales, dem auch die Beteiligung der Zivilgesellschaft sehr am Herzen lag, hat der Prozess 2019 an Dynamik gewonnen. Viele Gewerkschaften zögerten anfangs, zivilgesellschaftliche Organisationen einzubeziehen, in vielen Fällen wurde jedoch gut zusammengearbeitet.

Aufgrund des allgemein vorherrschenden Desinteresses an einem Gewerkschaftsbeitritt und der Tatsache, dass Mitgliederaustritte zunehmen, nimmt die Stärke der Gewerkschaften aktuell leicht ab. Die Einführung des arbeitsfreien Sonntags im Jahr 2022 war allerdings ein großer Erfolg des SSM und wurde von der Öffentlichkeit im ganzen Land sehr begrüßt. In Nordmazedonien war es weitestgehend Normalität, dass Beschäftigte des privaten Sektors auch sonntags arbeiteten und dafür keinen Lohnzuschlag erhielten. Der zweite Erfolg ist die Anhebung des Mindestlohns auf inzwischen 367 € und die Einbettung einer Formel in das Mindestlohngesetz, nach der der Mindestlohn jedes Jahr entsprechend des Anstiegs des Durchschnittslohns und der Lebenshaltungskosten im Land angepasst werden muss.

Was den Schutz der informell Beschäftigten angeht, so hat der SSM bei vielen Gelegenheiten erklärt, nicht nur die Rechte seiner eigenen Mitglieder vertreten zu wollen, sondern bereit zu sein, die Rechte und Interessen aller Beschäftigten des Landes zu vertreten und zu schützen, was er auch in vielen Fällen getan hat.

## DIE GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Trotz der herausgestellten Erfolge werden Gewerkschaften in Nordmazedonien nicht als erfolgreiche Arbeitnehmer\_innenvertretung wahrgenommen. Dies liegt vor allem an den zu wenigen positiven Entwicklungen innerhalb der Gewerkschaften. Behäbige, zentralistische Strukturen und das Fehlen einer

Teilhabe- und Mitbestimmungskultur erschweren die Mitgliederwerbung. So ist es nicht überraschend, dass die Mitgliederzahlen aller Gewerkschaften in Nordmazedonien in den vergangenen vier Jahrzehnten zurückgegangen sind.

Nach wie vor werden Gewerkschaften in Nordmazedonien häufig mit dem Ruf »gelber« Gewerkschaften in Verbindung gebracht. Ihnen wird vorgeworfen, eher die Positionen hochrangiger Gewerkschaftsfunktionäre (und auch der Regierungspartei) zu stärken, als die Arbeitsbedingungen der einfachen Mitglieder verbessern zu wollen. In einer Vielzahl von Umfragen werden die Gewerkschaften durchweg nur von zehn bis 12 Prozent der Befragten als »Verteidiger der Arbeitnehmer\_innenrechte« betrachtet, während politische Parteien, Freunde und Familie und sogar Wirtschaftsmagnaten weit aus bessere Bewertungen erhalten. Im Falle eines Arbeitskonflikts wenden sich die meisten Arbeitnehmer\_innen nicht an die Gewerkschaft – ein Ausdruck ihrer geringen Bedeutung für den einzelnen Arbeitnehmer/die einzelne Arbeitnehmerin.

In der letzten Dekade gab es mehr »feindliche Übernahmen« von Führungspositionen in Gewerkschaftsbünden und Branchenverbänden als Streiks und Proteste. Dies ist einer der Gründe, warum die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit noch immer als ein Überbleibsel des Staatssozialismus jugoslawischer Ausprägung angesehen werden. Obwohl die Arbeitnehmer\_innen damals formal eine starke Rolle bei der Leitung der Fabriken und in öffentlichen Unternehmen spielten (»Arbeiterselbstverwaltung«), wurden die Gewerkschaften mehrheitlich nur als der verlängerte Arm der staatssozialistischen Partei (»Bund der Kommunisten Jugoslawiens«) angesehen. Die Gewerkschafter\_innen von damals – die Eltern und Großeltern vieler heutiger Arbeitnehmer\_innen – nutzten die Gewerkschaften vor allem als Instrument für persönliche Vorteile. Dieses sehr begrenzte Verständnis von Gewerkschaften spricht die jüngeren Generationen von Arbeitnehmer\_innen in Nordmazedonien nicht an, weshalb sie sich überwiegend gegen einen Beitritt entscheiden.

Im Gewerkschaftsbund SSM gab es im Jahr 2023 positive Entwicklungen. Der im Juni 2023 gewählte neue Präsident Slobodan Trendafilov steht für einen Generationenwechsel, er und die Mitglieder seines Kabinetts sind jünger, als es in Gewerkschaften üblich ist. Zudem haben sie die Frauensektion des Verbandes wiederbelebt. Ebenso scheint der SSM erkannt zu haben, dass sie zur Ansprache der Öffentlichkeit und insbesondere jüngerer Arbeitnehmer\_innengenerationen neue Wege gehen müssen. Sie haben eine Onlineanwendung zur Information und Beratung und zur Meldung von Arbeitsrechtsverletzungen entwickelt und nutzen die Sozialen Medien, um in der Öffentlichkeit und bei der jungen Bevölkerung präsent zu sein. Vielleicht ändert sich mit der neuen Gewerkschaftsführung etwas, indem die Gewerkschaften in Nordmazedonien aktiver und durchsetzungsfähiger werden könnten. Der SSM hat in den vergangenen vier Jahren dafür einige Beispiele geliefert: arbeitsfreier Sonntag, Mindestloohnerhöhungsformel, allgemeiner Tarifvertrag für den privaten Sektor, die K-15-Zahlung (bekannt als Jahresurlaubsvergütung aus jugoslawischen Zeiten) für die Beschäftigten des öffentlichen und des privaten Sektors. Auch die Zahl der von den Gewerkschaften organi-

sierten Streiks und Proteste hat seit dem letzten Jahr zugenommen.

Die Gewerkschaften in Nordmazedonien stehen gleichwohl weiterhin vor der dringenden Aufgabe, ihr Image und ihre Durchschlagskraft zu verändern und zu verbessern, um mehr Mitglieder und damit eine Stärkung ihrer Verhandlungsmacht zu erreichen. Die FES hat in Zusammenarbeit mit der SSM Imagekampagnen entwickelt, die sich an junge Arbeitnehmer\_innen richten. Vielleicht kann die FES Skopje den Gewerkschaften auch mit Planungsstrategien helfen, indem sie Gewerkschaftsvertreter\_innen aus dem Ausland, insbesondere aus Ländern der EU, einbezieht und fachliche Unterstützung bietet.

Viele Gewerkschafter\_innen glaubten, dass eine Mitgliedschaft im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) sowie in den europäischen Industrieverbänden zu mehr Wohlstand und vor allem zu mehr Mitgliedern führen würde. Die beiden größten Gewerkschaftsbünde, SSM und KSS, sind Mitglieder des IGB und des EGB. Die meisten Industrieverbände sind Mitglied in internationalen und europäischen Industrieverbänden. Die Mitgliederzahlen sowohl des SSM als auch des KSS sind in den letzten fünfzehn Jahren dennoch zurückgegangen. Dies gilt zwar auch für die Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern, doch ist der Rückgang der Mitgliederzahlen in Nordmazedonien aufgrund der alarmierenden Auswanderungszahlen (*Brain Drain*) noch ausgeprägter. Ein weiteres besorgniserregendes Gewerkschaftsproblem ist die mangelnde Einstellung neuer, nicht organisierter Arbeitnehmer\_innen und Plattformarbeiter\_innen, vor allem im IT-Sektor, die als Freiberufler\_innen für lokale und ausländische Unternehmen arbeiten.

Die bis Januar 2024 amtierende sozialdemokratische Regierung hatte in ihrem Partei- und Wahlprogramm eine grundlegende Reform des Arbeitsrechts und die Wiederbelebung des sozialen Dialogs zwischen den Sozialpartnern vorgesehen. Insbesondere der Minister für Arbeit und Soziales hat bewusst auf den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gesetzt, die vielerorts das fehlende gewerkschaftliche Engagement kompensieren. Besonders deutlich wird dies im wichtigen Textilsektor des Landes. Den Sozialdemokraten ist es gelungen, den politischen Prozess inklusiver zu gestalten, indem sie den nationalen Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) für die nicht repräsentativen Verbände auf nationaler Ebene (ohne Stimmrecht) geöffnet haben. Dies ist wichtig für die anstehenden Gesetzesvorhaben im Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, vor allem aber für das neue Arbeitsgesetzbuch, das sich noch im Entwurfsstadium befindet.

**Valon Sadiki**, Programmmanager, FES Nordmazedonien

**Peter Hurrelbrink**, Büroleiter, FES Serbien, Montenegro & Nordmazedonien

### KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Osteuropa  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:  
Dr. Constantin Groll, Referent Serbien/Montenegro,  
Ukraine, Moldau, Gewerkschaften  
[constantin.groll@fes.de](mailto:constantin.groll@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.